

Zehn Einwanderungsmärchen und ihre unbequemen Wahrheiten

Märchen 1: „Die Einwanderung ist der Preis für Europas Kolonialgeschichte.“

Märchen 2: „In Zeiten der Globalisierung kann man Wanderungen ohnehin nicht aufhalten.“

Märchen 3: „Die Einwanderer haben Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut, sie jetzt wieder loswerden zu wollen wäre unfair.“

Märchen 4: „Die verfehlte Integrationspolitik der Regierung seit den sechziger Jahren ist schuld daran, dass Einwanderer heute schlecht integriert sind.“

Märchen 5: „Wenn die Deutschen nicht aussterben wollen, dann sollen sie halt mehr Kinder bekommen. Einwanderer können da doch nichts dafür.“

Märchen 6: „Da Deutsche verschiedene ethnische und kulturelle Wurzeln haben, ist auch die heutige Einwanderung kein Problem.“

Märchen 7: „Kulturelle Vielfalt ist ein Standortfaktor, je kulturell vielfältiger eine Region, desto leistungsstärker ist sie.“

Märchen 8: „Eine Leitkultur ist etwas nationalistisch-reaktionäres und mit einer modernen, pluralistischen Demokratie unvereinbar.“

Märchen 9: „Die Deutschen sterben noch lange nicht aus und die Einwanderung ändert daran auch nichts.“

Märchen 10: „Das dreigliedrige Bildungssystem benachteiligt Migranten und sollte daher abgeschafft werden.“

Märchen 1: „Die Einwanderung ist der Preis für Europas Kolonialgeschichte.“

Die Einwanderung nach Westeuropa seit den fünfziger Jahren hat relativ wenig mit der kolonialen Vergangenheit einiger europäischer Länder zu tun. Zwar gibt es in manchen Ländern, etwa Großbritannien und Frankreich, durchaus Zusammenhänge zwischen den größten Zuwanderergruppen (vom indischen Subkontinent bzw. aus dem Maghreb) und nach dem Zweiten Weltkrieg in deren Herkunftsländern aufgegebene Kolonien, auf die meisten europäischen Länder jedoch trifft dies nicht zu. In Deutschland leben offiziell etwa 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, aber so gut wie niemand davon stammt aus den zwischen den 1880er Jahren und 1918 in deutschem Besitz gewesenen Territorien. Dagegen stammt der größte Teil der Menschen aus der Türkei, einem Land, das Deutschland nie kolonisiert hatte. Das Osmanische Reich war dagegen sogar verbündet mit Deutschland während des Ersten Weltkrieges und hatte eine weit bedeutendere Kolonialgeschichte als etwa Deutschland, muss aber heute nicht ansatzweise so viele Zuwanderer integrieren. Andere europäische Länder, in die in den letzten Jahren besonders viele Zuwanderer kamen, wie etwa die skandinavischen Länder oder die Schweiz, hatten überhaupt keine derartige Kolonialgeschichte. Es gibt also drei Argumente gegen die Behauptung, die koloniale Vergangenheit Europas ziehe nun eben die Migration aus Afrika und Asien nach sich:

Erstens sind die meisten Zuwanderer, in Deutschland beispielsweise, nicht aus ehemaligen Kolonien.

Zweitens hatten andere europäische Länder gar keine Kolonien, und trotzdem wandern jährlich Zehntausende dort ein.

Und drittens hatten andere außereuropäische Länder zwar Kolonien, aber keine nennenswerte Zuwanderung.

Es gibt zu guter Letzt noch das Argument, auch wenn es nichts mehr mit den historischen Kolonien zu tun habe, so beute Europa diese Teile der Welt eben aus, was den Migrantenstrom nach Europa zur Folge habe. Dieses Argument ist im Kern unsinnig, auch wenn es stimmt, dass gewisse Aktivitäten internationaler Konzerne europäischer Herkunft oder europäischer Bürokraten die Wohlstandsentwicklung in diesen Ländern nicht gerade fördern. Aber die Ursache der Auswanderungswellen war meist weniger die absolute Armut als vielmehr die Überbevölkerung in den betreffenden Regionen. Die Türkei etwa ist ein Industrieland, in welchem niemand verhungern muss, auch wenn es im Lebensstandard nicht mit Westeuropa mithalten kann. Der Grund, warum Millionen Türken heute in Deutschland und anderen mittel- und westeuropäischen Staaten leben, ist nicht, weil sie daheim verhungert wären aufgrund der Ausbeutung durch Westeuropäer, sondern weil

das Land seine Bevölkerung in den letzten 30 Jahren verdoppelte, und die Wirtschaft so schnell freilich nicht mitwachsen konnte. Die Überbevölkerung aber ist im Kern „hausgemacht“ und nicht auf europäische Ausbeutung, höchstens auf europäische Technik und Medizin zurückzuführen.

Märchen 2: „In Zeiten der Globalisierung kann man Wanderungen ohnehin nicht aufhalten.“

Dies ist ein gerne verwendetes Totschlagargument gegen eine rigidere Einwanderungspolitik, welches ohne stichhaltige Grundlage suggeriert, ein diffuser, nicht näher beschriebener Prozess namens „Globalisierung“, der sich natürlich und unaufhaltsam vollzöge, ohne dass man sich ihm entziehen könnte, würde es eben so mit sich bringen, dass Millionen Menschen aus verschiedenen Herkunftsländern in andere wandern. Zwar erleichtert die heutige Mobilität offenkundig Migration gegenüber früheren Zeiten, aber deren naturgemäß hinzunehmender Vollzug ergibt sich nicht aus dieser Tatsache. Dagegen sprechen folgende Argumente:

Erstens: Wenn „in Zeiten der Globalisierung“ naturgemäß und unaufhaltsam Migration von den ärmeren und kriegszerrütteten Ländern in die reichen und befriedeten Länder stattfinden würde, dann wäre nicht erklärbar, warum etwa ein Land wie Japan, das westeuropäische Länder hinsichtlich letzterer Faktoren sogar noch übertrifft, keine nennenswerte Einwanderung zu verzeichnen hat. Auch etwa die östlichen Nachbarn Deutschlands Polen oder Tschechien als mittlerweile Industriestaaten der „ersten Welt“ weisen kaum Immigranten auf.

Zweitens: Wenn man hier einwenden wollte, Westeuropa und Nordamerika seien eben aus diversen Gründen attraktiver als Osteuropa oder Ostasien für Migranten, dann wäre wiederum nicht erklärbar, warum etwa nach Kanada fast keine Armuts- und Kriegsflüchtlinge, sondern vor allem Hochqualifizierte freiwillig einwandern, nach Deutschland dagegen vor allem zu Beginn der 1990er Jahre pro Jahr mehr als eine Million Asylbewerber und Wirtschaftsflüchtlinge strömten.

Offenbar ist das Ausmaß der Einwanderung und die Art der Einwanderer nicht ein aus der Natur der Globalisierung jedem Staat auferlegtes Faktum, sondern sehr wohl staatlich regulierbar. Während manche Länder generell so gut wie keine Einwanderung zulassen, selektieren andere anhand von rigiden Kriterien und lassen so nur „gewünschte“ Einwanderung ins Land. In Deutschland dagegen herrscht noch immer die Meinung vor, man könne „im Zeitalter der Globalisierung“ doch keine „Mauer“ um Deutschland oder Europa bauen. Stattdessen habe man sich dem Schicksal zu fügen, dass aus Regionen wie dem subsaharianischen Afrika oder der islamischen Welt, welche beide im 20. Jahrhundert um etwa den Faktor zehn angewachsen sind (Afrika von knapp 130 Millionen auf etwa

eine Milliarde, die islamische Welt von etwa 150 Millionen auf 1,5 Milliarden), und welche für diese neu entstandenen Menschenmassen keine Beschäftigung und keine Zukunft haben, unausweichlich Millionen von Menschen aufgenommen werden müssten. Dies ist logisch unschlüssig und es scheint, als ob diejenigen Länder, welche sich dieser gehaltlosen Argumentation widersetzen, in Zukunft wirtschaftlich, sozial und kulturell besser dastehen werden. Für Westeuropa jedenfalls wird das Zeitfenster, bevor man sich die demographischen und sozio-kulturellen Probleme anderer Weltregionen unwiderruflich zueigen gemacht hat, immer kleiner.

Märchen 3: „Die Einwanderer haben Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut, sie jetzt wieder loswerden zu wollen wäre unfair.“

Der Zweite Weltkrieg endete offiziell am achten Mai 1945 und damit elf Jahre bevor mit Italien der erste Gastarbeiteranwerbevertrag geschlossen wurde. Als 1961 ein solcher mit der Türkei folgte und die ersten türkischen Arbeiter ins Land kamen, war das, was man gemeinhin das „Wirtschaftswunder“ bezeichnet, längst über dem Zenit und es gab schon wieder die ersten Arbeitslosen. So verdienstvoll und fleißig die als Gastarbeiter ins Land gekommenen Menschen waren – das Land „wieder aufgebaut“ und auch das nachfolgende „Wirtschaftswunder“ vollzogen haben die Deutschen selbst (Natürlich auch mit Hilfe von Finanzmitteln aus den USA, welche wiederum aber auch natürlich für die vorangegangene Industriedemontage usw. verantwortlich waren).

Des Weiteren muss man sich dessen bewusst sein, dass 1973, also dem Jahr, in dem Bundeskanzler Brandt die Gastarbeiteranwerbeverträge aufs Eis legte, wodurch bis heute kein weiterer „Gastarbeiter“ ins Land kam, 3,9 Millionen Ausländer im Land lebten. 35 Jahre später jedoch leben etwa 16 Millionen Migranten in Deutschland, davon etwa die Hälfte eingebürgert. Der überwiegende Teil der in Deutschland lebenden Migranten hat damit mit den ursprünglichen „Gastarbeitern“ allenfalls insofern etwas zu tun, als einem Gastarbeiter oder dessen Verwandten über den Familiennachzug nachgezogen wurde, oder aber man kam völlig unabhängig davon als Asylbewerber oder Wirtschaftsflüchtling (über zwei Millionen Menschen kamen allein in Jahren zwischen 1988 und 2000 dauerhaft als Asylbewerber nach Deutschland).

Der Begriff „Gastarbeiter“ wird heute oft abschätzig als Konzept bezeichnet, welches suggeriere, die Migranten seien nur „Gäste“ und müssten irgendwann wieder in die Heimat zurückkehren. Tatsächlich war das natürlich nicht nur von Seiten der Bundesregierung damals so vorgesehen (daher die Bezeichnung „Gastarbeiter“), sondern wurde bestätigt durch die Absichten der allermeisten Ausländer, das Land bald wieder zu verlassen. Wenn heute retrospektiv mangelnde Integrationsbemühungen von

Seiten der Deutschen bemängelt werden, dann darf nicht übersehen werden, dass die meisten Ausländer damals Integration oder „Germanisierung“, vor allem der Kinder, entgegen wollten, weil die baldige Rückkehr ins Heimatland geplant war: Eine 1973 veröffentlichte Studie der Bundesanstalt für Arbeit ergab, dass unter den in den letzten zehn Jahren zugewanderten Ausländern lediglich eine Minderheit zwischen 9% und 35% (je nach Aufenthaltsdauer) beabsichtigte, „dauerhaft im Bundesgebiet tätig“ zu sein (vgl. den folgenden Punkt). Die Rückkehr in die Heimatländer war damals also sowohl von ausländischer, als auch von deutscher Seite Konsens. Dass neuerdings wiederum Konsens ist, dass nicht entsprechend der damaligen Abmachung „Gäste“ wieder in die Heimat zurückkehren, sondern dass Immigration sogar gewollt und gut sei und mit der deutschen Staatsbürgerschaft enden solle, ändert nichts an diesen historischen Tatsachen.

Märchen 4: „Die verfehlte Integrationspolitik der Regierung seit den sechziger Jahren ist schuld daran, dass Einwanderer heute schlecht integriert sind.“

Richtig ist: Die Regierungen hatten während und nach der „Gastarbeiter“-Phase keine großartigen Programme zur Integration von Gastarbeitern oder deren Familien, wie es heute etwa durch Sprachkurse, Förderprogramme usw. geschieht. So etwas wäre zu der damaligen Zeit aber auch ein vollkommen sinnloses Unterfangen gewesen. Nicht nur waren die Gastarbeiter konzeptuell als „Gast“arbeiter gedacht, dies wurde auch von der Bevölkerung und den Zugewanderten selbst so gesehen. Wie im vorherigen Abschnitt erwähnt, plante die überwiegende Mehrheit der Zugewanderten die Heimkehr in die Herkunftsländer und war somit nicht daran interessiert, sich selbst oder ihre Kinder „germanisieren“ zu lassen, wie ein Schlagwort aus der damaligen Zeit lautete, der die Furcht vor einem kulturellen Identitätsverlust der Zuwanderer ausdrückte. Auch meinten laut einer EMNID-Studie aus dem Jahre 1982 68% der Bundesbürger, die ehemaligen Gastarbeiter sollten „wieder in ihr Land zurückkehren“. Die Politik ergänzte dieses Bild dadurch, dass im Wahlkampf 1982 Kandidat Kohl mit dem Versprechen warb, die Zahl der Ausländer im Land zu halbieren, während Kandidat Schmidt behauptete: „Mir kommt kein Türke mehr über die Grenze.“¹

Wie und weshalb hätte unter diesen Prämissen eine „Integrationspolitik“ stattfinden können? Vorschläge für entsprechende Förderprogramme wären von allen Seiten, der Politik, der Bevölkerung und den Zuwanderern selbst, als unsinnig abgelehnt worden. Der temporäre Charakter der „Gastarbeiter“-Aufenthalte war Konsens.

¹ vgl. <http://www.zeit.de/1982/06/Die-Politiker-muessen-Farbe-bekennen?page=all>

Dies änderte sich erst, als sich entgegen ihrer ursprünglichen Intentionen mehr und mehr Gastarbeiter dauerhaft mit ihren Familien niederließen und zudem die Asylbewerber- und Flüchtlingszuwanderung in die Höhe schoss. Aus idealistischen Gründen, oder weil man Wählerpotenzial roch, wurde plötzlich in den Konzeptionen mancher Intellektueller und Parteien Zuwanderung an sich zu einer Bereicherung. Angesichts der offensichtlichen Probleme mit der Integration von Zugewanderten wurde dies flugs zum Versäumnis vorangegangener Regierungen deklariert, unabhängig von der historischen Wahrheit.

Des Weiteren bietet diese Unterstellung keine Erklärung für die Tatsache, dass die dritte Generation der Immigranten schlechter integriert ist als die zweite. Und abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass etwa die Integration von deutschen Auswanderern in die USA oder von osteuropäischen Zuwanderern nach Deutschland früher oft bereits in der zweiten Generation abgeschlossen war – und das ganz ohne Sprachkurse oder Förderprogramme. Das Erlernen einer Sprache und das Einleben in eine Kultur kann und muss eben hauptsächlich vom Individuum geleistet werden – zumal wenn sich dieses freiwillig die neue Heimat ausgesucht hat – und kann nicht Aufgabe einer Regierung sein.

Märchen 5: „Wenn die Deutschen nicht aussterben wollen, dann sollen sie halt mehr Kinder bekommen. Einwanderer können da doch nichts dafür.“

Dass der Anteil der Einwanderer an der Gesamtbevölkerung wächst, und die Einheimischen prozentual immer weniger werden, liegt zum einen an der niedrigen Geburtenrate der Einheimischen und deren negativem Wanderungssaldo und zum anderen an der höheren Geburtenrate der Zugewanderten, deren jüngerer Altersstruktur und dem positiven Wanderungssaldo.

Die Aussage, die Deutschen könnten doch mehr Kinder bekommen, anstatt zu jammern, ist aus mehreren Gründen problematisch.

Erstens ist Deutschland eines der dichtbesiedeltsten Länder der Welt und ein Bevölkerungsrückgang wäre an sich nichts schlimmes. Das nach dem Krieg stark verkleinerte Deutschland hat Millionen Flüchtlinge aus den ehemaligen Landesteilen aufgenommen und somit trotz der Kriegsverluste an Bevölkerungsdichte enorm zugelegt. Dass sich letztere auf niedrigerem Niveau einpendelte, wäre also aus dieser Sicht sogar zu begrüßen. Tatsächlich ist die Zahl der Deutschen ja auch von über 70 Millionen auf etwa 66 Millionen zurückgegangen, aber durch die 16 Millionen nach 1950 dauerhaft eingewanderten Migrantinnen und ihre Nachkommen ist die Bevölkerungszahl im Land bis zur

Jahrtausendwende kontinuierlich gewachsen statt geschrumpft. Es ist unsinnig, den Deutschen vorzuwerfen, dass sie angesichts ihres dicht bevölkerten, kleinen Landes kein „Wettgebären“ mit den Zugewanderten veranstalten. Stattdessen wäre eher danach zu fragen, warum den dichtgedrängten Deutschen zwischen Maas und Oder nicht das Recht zugestanden wird, ihre Zahl zu reduzieren, ohne dass der Zustrom von außen die Reduktion mehr als wieder wett macht.

Zweitens ist das Gebärverhalten der Deutschen ja unabhängig von den Zuwanderungswellen von außen. Das heißt: Selbst wenn die Deutschen mehr als zwei Kinder pro Frau bekämen und damit Europaspitze wären, würden ja trotzdem 2005 16 Millionen Zuwanderer im Land leben, Tendenz weiter steigend. Ihr Anteil an den Kindern wäre dann zwar nicht 35%, sondern etwas weniger, aber der Trend würde sich trotzdem fortsetzen, da Jahr für Jahr mehrere Hunderttausend zuwandern und zusammen mit der jüngeren Altersstruktur selbst eine höhere Geburtenrate der Deutschen wettmachen und den Zuwandereranteil anteilmäßig steigern würden.

Selbst wenn also die Deutschen ein unsinniges Unterfangen wie das in obiger Aussage implizit vorgeschlagene „Wettgebären“ mitmachen würden, würde der Zuwandereranteil weiter steigen – es sei denn die Deutschen bekämen mehr Kinder pro Frau als damals im Kaiserreich (und damit mehr als im heutigen Irak) – und das will wohl kaum jemand ernsthaft in Betracht ziehen.

Nun könnte man einwenden, wenn Deutschland genug Kinder gebären würde, müssten auch keine Migranten den Geburtenmangel ausgleichen. Dieses Argument geht an der Realität vorbei, denn die Zuwanderer haben andere Gründe als den Geburtenmangel auszugleichen, würden also unabhängig davon kommen, ob die Geburtenziffer in Deutschland gerade 1,3 oder 2,1 Kinder pro Frau ist. Das zeigt auch die Geschichte der Zuwanderung nach Deutschland: Als 1961 die ersten Türken nach Deutschland kamen, hatte Deutschland eine *mehr* als bestandserhaltende Geburtenzahl (2,5 und mehr), als dagegen 1973 der Gastarbeiteranwerbestopp verfügt wurde, waren die Geburten schon weit unter zwei Kinder pro Frau abgerutscht. Wären Geburtenmangel und Zuwanderung inhaltlich verknüpft gewesen, hätte es eher andersherum ablaufen müssen. Aber es gab und gibt diesen Zusammenhang nicht. Er wurde in den letzten 15 Jahren verstärkt konstruiert, um dem in den frühen 90er Jahren explodierenden Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen, Asylbewerbern und Familiennachzüglern nachträglich so etwas wie eine gewollte Zielbezogenheit zu geben, die es nie gab. Diese Menschen sind eingewandert, weil es ihren persönlichen Bedürfnissen entsprach und die Bundesrepublik es ihnen ermöglichte; ob die Deutschen das Gebären komplett eingestellt oder sich exponentiell vermehrt hätten wie heute etwa die Menschen in Afghanistan oder im Niger, spielt dabei keine Rolle.

Märchen 6: „Da Deutsche verschiedene ethnische und kulturelle Wurzeln haben, ist auch die heutige Einwanderung kein Problem.“

Die Deutschen haben keine homogenen ethnischen Wurzeln. Sie sind Nachkommen von Kelten, Germanen, Slawen, um nur drei Völkergruppen zu nennen, die im Laufe der Zeit die sich verschiebenden Grenzen Deutschlands bevölkerten oder hineinwanderten. Gleichsam gibt es nicht „die“ eine deutsche Kultur. Schwaben und Friesen, Bayern und Sachsen unterscheiden sich in Sprache, Mentalität und Traditionen. Diese Vielfalt hat Deutschland immer schon geprägt und ist für das deutsche Volk und die deutsche Kultur konstitutiv.

Das bedeutet aber nicht, dass deshalb alle möglichen Volksgruppen und Kulturen problemlos nach Deutschland einwandern könnten und dadurch gleichermaßen als „deutsch“ anzusehen wären, da Deutsche und ihre Kultur ja nie homogen gewesen seien. Denn: Vielfalt ist nicht gleich Beliebigkeit. Die Deutschen und ihre Kultur sind vielfältig, aber nicht beliebig.

Oftmals wird aber versucht, so zu argumentieren: Da es kein homogenes deutsches Volk und auch keine einheitliche deutsche Kultur gebe, die man eindeutig definieren könne, wäre es unsinnig oder gar rassistisch, in den letzten Jahrzehnten Zugewanderte nicht als „deutsch“ zu bezeichnen, sondern entsprechend ihrer Herkunft als „türkisch“, „arabisch“, „afrikanisch“ usw. Diese Argumentation ist logisch unhaltbar. Deutsche und deutsche Kultur haben vielfältige Wurzeln, aber nicht die ganze Menschheit und die ganze Erde, denn sonst müsste man nicht mehr von „Deutschen“ oder „deutscher Kultur“ sprechen sondern einfach nur noch von Menschen und der Menschheitskultur. Da es auf der Erde aber, was Konsens sein müsste, verschiedene Völker und Kulturen gibt, schließt der Entschluss, eine Teilmenge davon „deutsch“ zu nennen, ein, die Restmenge „nicht-deutsch“ zu nennen.

Sicherlich ist es unmöglich, abschließend zu definieren, was „deutsch“ sei. Dies macht den Begriff aber nicht zur Leerformel. Es ist auch nicht abschließend definierbar, was „Rockmusik“ sei, denn diese Musikrichtung hat Wurzeln in den verschiedensten Stilen und ist in ihren Ausprägungen und Selbstbezeichnungen vielfältig. Trotzdem dürfte niemand daran zweifeln, dass nicht jedes nur denkbare musikalische Arrangement „Rockmusik“ ist, auch wenn es ein Musiker oder die Regierung behauptet.

Dieses Beispiel veranschaulicht, dass Vielfalt nicht gleich Beliebigkeit ist. Man kann also, obwohl Deutschland und seine Menschen vielfältig sind und es keinen festgelegten Katalog gibt, wer und was alles zur deutschen Kultur zählt, trotzdem sinnvollerweise die Aussage treffen, dass bestimmte Menschen „deutsch“ seien und andere nicht. Sicher, das historisch gewachsene deutsche Volk mit seiner Kultur ist nicht für alle Zeiten unabänderlich festgelegt, und es spricht nichts dagegen, im Einzelfall das Attribut „deutsch“ auch auf Menschen auszuweiten, deren Vorfahren einer ethnischen

und kulturellen Herkunft waren, die traditionell nicht konstitutiv für die Deutschen war. Aber der Punkt ist, dass es sich nicht aus der Natur der Sache ergibt. Nur weil die deutsche Kultur vielfältig ist, heißt das nicht, dass man jemanden als „deutsch“ anerkennen muss, der von Merkmalen wie Muttersprache, Name, Kultur und Identität her eher einer anderen Nation zuzuordnen ist. Dies wäre ein logischer Fehlschluss, und nach dem gleichen Argumentationsmuster könnte man Beethovens Neunte zur Rockmusik zählen wollen, da letztere doch vielfältig sei.

Einen aus dem Allgäu stammenden Mann namens Heinrich Obermeyer, der mittags zum Schnitzel gerne sein Weißbier trinkt und seinen Kindern Markus und Marie vor dem Zubettgehen im Schlafzimmer, in dem Kruzifix und Deutschlandflagge hängen, „Schlaf, Kindlein schlaf“ vorsingt, würden sicher die wenigsten Türken als „Türke“ ansehen, nur weil er all das eben Beschriebene in seiner Wohnung in Ankara macht. Und ebenso ist es verständlich, dass viele Menschen in Deutschland manche Zugewanderte aus anderen Kulturkreisen nicht als „deutsch“ ansehen.

Kultur ist dynamisch und ändert sich in einer lebendigen Gesellschaft, aber deshalb wird aus der deutschen Kultur keine potenziell alles einschließende Beliebtheit.

Märchen 7: „Kulturelle Vielfalt ist ein Standortfaktor, je kulturell vielfältiger eine Region, desto leistungsstärker ist sie.“

Die kulturell vielfältigsten Städte und Regionen in Deutschland sind auch die ökonomisch leistungsfähigsten – so mag es auf den ersten Blick erscheinen, wenn man die Migrantenanteile von Frankfurt, München oder Stuttgart (alle 2005 um die 40%) mit dem dort erwirtschafteten Bruttosozialprodukt vergleicht. Aber Korrelation ist bekanntlich nicht gleich Kausalität, und man unterliegt hier wohl einem Fehlschluss, wenn man die guten Wirtschaftsdaten in diesen Regionen mit dem hohen Anteil zugewanderter Bevölkerung erklären will. Dafür gibt es keine Hinweise. Es scheint eher so zu sein, als sei dieser Zusammenhang umgekehrt: Weil diese Regionen reicher sind, ziehen sie mehr Zuwanderer an als etwa Regionen Brandenburgs oder des ländlichen Niedersachsens. Dass diese Regionen wirtschaftlich stärker sind als etwa das Ruhrgebiet oder Teile der neuen Bundesländer, hat dagegen strukturelle Gründe, die wohl wenig mit der Migration in den letzten Jahrzehnten zu tun haben.

Tatsächlich haben bekanntlich Zugewanderte im Schnitt einen schlechteren Bildungsstand und sind überproportional häufig ohne Arbeit. Zwar sind die meisten fleißig und die unternehmerischen Tätigkeiten der Migranten schaffen auch neue Arbeitsplätze, aber im Schnitt eben weniger als unter den Einheimischen. So sind 2008 beispielsweise 13% aller Migranten arbeitslos gewesen, gegenüber

7,5% der Deutschen ohne Migrationshintergrund.² 68,4% aller in Nordrhein-Westfalen lebenden Deutschen ohne Migrationshintergrund sind erwerbstätig, aber nur 40,6% der dort lebenden Türken.³ Das wird sich wohl auch in Zukunft nicht bessern: Fast zehn Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland haben „keinen Schulabschluss und 51 Prozent keinen beruflichen Abschluss gegenüber 1,5 Prozent beziehungsweise 27 Prozent der Ursprungsbevölkerung.“⁴ „Beim Wissensstand der Migranten – egal ob hier geboren oder eingewandert – bildet die Bundesrepublik zusammen mit Österreich das Schlusslicht aller Industriestaaten. (...) [J]eder zweite 15-jährige Einwanderer [gilt] in Deutschland als bildungsarm – er hat den Schul-Test nicht geschafft. Das ist die höchste Quote aller Länder. Dagegen scheiterte nur jeder siebte deutschstämmige Jugendliche am Pisa-Test“⁵ (zu den Gründen vgl. Märchen 10). Das bedeutet, dass die prozentuale Arbeitslosigkeit der Einheimischen im Schnitt niedriger und die BIP-pro-Kopf-Produktion höher ist, was auf alles andere als einen „Standortfaktor kulturelle Vielfalt“ schließen lässt. Es ist zwar richtig, dass in Ländern wie Kanada oder Australien hochqualifizierte Einwanderer überproportional häufig produktive und innovative Leistungsträger stellen. Auch sind beispielsweise chinesische Einwanderer in Malaysia in der wirtschaftlichen Elite überrepräsentiert. Für Deutschland wie auch etwa für Frankreich trifft leider das Gegenteil zu.

Unter dem Strich bedeutet das, dass jeder persönlich gerne die Bereicherung und Vielfalt durch Einwanderung hochschätzen darf, aber sie in Deutschland als objektiven wirtschaftlichen Standortfaktor zu verkaufen, ist angesichts der nüchternen Fakten eine glatte Fehlinformation.

Märchen 8: „Eine Leitkultur ist etwas nationalistisch-reaktionäres und mit einer modernen, pluralistischen Demokratie unvereinbar.“

Genau genommen gibt es keine moderne Gesellschaft ohne „Leitkultur“. Kultur wird hier verstanden als die Werte, Normen, Verhaltenserwartungen und Verhaltensmuster, die eine Gesellschaft prägen. Und da stellt schon allein das Rechtssystem mit seiner Verbindlichkeitssetzung bestimmter Verhaltensmuster und unter Androhung von Sanktionen ausgeschlossener anderer Verhaltensmuster eine Art „Leitkultur“ dar. Beispielsweise ist der kulturelle Wert „Hochschätzung des menschlichen

² Statistisches Bundesamt, nach Tagesschau.de vom 22.04.2008: www.tagesschau.de/inland/meldung34348.html

³ Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nordrhein-Westfalen, vgl. www.mags.nrw.de/sozber/sozialindikatoren_nrw/lebenslagen/erwerbsbeteiligung/indikator10_2/index.php

⁴ Tagesschau.de vom 22.04.2008, siehe Fußnote 2.

⁵ Alexander von Gersdorff: Die Falschen wandern ein, in: RP Online vom 27.06.2008: www.rp-online.de/public/article/wirtschaft/news/583632/Die-Falschen-wandern-ein.html

Lebens“ in der hiesigen Gesellschaft derart normativ institutionalisiert, dass das Töten von Menschen von Seiten des Individuums, aber auch von Seiten des Staates (Todesstrafe, Euthanasie) untersagt sind. Wer Blutrache, elektrischen Stuhl oder das Töten schwerkranker Menschen fordert, kollidiert also mit der hiesigen Leitkultur in diesem Bereich. Das bedeutet natürlich nicht, dass eine „Leitkultur“ nicht wandelbar sei, aber es bedeutet, dass zu jedem Zeitpunkt eine bestimmte allgemeingültig ist.

Unterhalb der rigidesten Form von Leitkultur, des geltenden Rechts, gibt es eine Reihe von Stufen verschiedener Verbindlichkeit von Kultur. Wie man sich beim Bewerbungsgespräch kleidet, welche Sprache man spricht, wie man sich in einem vollen Fahrstuhl verhält, ob Sex vor der Ehe erlaubt ist, welche Namen man seinen Kindern gibt, was im Restaurant auf den Teller kommt – all dies sind Beispiele für kulturelle Werte und Normen mit mehr oder weniger hohem kollektiven Verbindlichkeitswert. Während eine von den Standards der Leitkultur abweichende Wahl des Essens im Lokal wenig bis gar keine Probleme hervorruft, kann das Nichtbefolgen der Kleidungsvorstellungen der Leitkultur beim Bewerbungsgespräch oder bei der Beerdigung soziale Sanktionen wie Missachtung und Benachteiligung nach sich ziehen.

Eine Pluralität der Kulturen ist also auf der untersten Ebene der kollektiven Verbindlichkeit gut möglich, was etwa Musik, Essen oder Kunst angeht. Auf dieser Ebene argumentieren auch Befürworter der „multikulturellen“ Gesellschaft meist. Auf höheren Verbindlichkeitsebenen dagegen muss die Abwesenheit einer „Leitkultur“ zwingend zu Unsicherheit und Konfliktpotenzial infolge der, wie der Soziologe sagen würde, gesteigerten Kontingenz führen (ökonomisch ausgedrückt: die Transaktionskosten steigen). Das bedeutet, dass bei Abwesenheit jeglicher Normen in einem bestimmten Bereich soziale Interaktionen stets völlig neu ausgehandelt werden müssten, wodurch das gesellschaftliche Zusammenleben enorm erschwert werden würde. Sollten jedoch Normen vorhanden sein, allerdings in Form von mehreren widerstreitenden, z.B. von verschiedenen Teilpopulationen getragenen Verhaltensvorschriften und -erwartungen, dann kann es zur gesellschaftlichen Spaltung mit erheblichem Konfliktpotenzial kommen. Dies ist nicht oder kaum der Fall, wenn z.B. Subgruppe A Musik X auf Dorffesten bevorzugt, aber Subgruppe B Musik Y. Komplizierter wird es bei Mentalität, Sitten oder Traditionen. Potenziell konfliktreich ist eine Pluralisierung in den Bereichen Sprache, Religion oder ethnische Identität. Und die Kulturpluralisierung von Verfassung und Gesetzen ist so gut wie unmöglich.

Es gibt also in jeder Gesellschaft mindestens was letzteres angeht eine Leitkultur, fast immer aber auch in den Bereichen Technik und Organisation (wie Maßeinheiten, Zeitrechnung usw.), Traditionen und Sitten (wie Kleidungsvorschriften, Feiertage), Sprache usw. Irrtümlicherweise wird die Tatsache, dass es in den ganz banalen Kulturbereichen wie Essen und Trinken zumeist kaum mehr so etwas wie eine Leitkultur in unserer Gesellschaft gibt, als Indiz dafür aufgefasst, dass es überhaupt keine Leitkultur mehr gibt bzw. geben soll. Diese Argumentation geht restlos an der Realität vorbei. Den

vom Politikwissenschaftler Bassam Tibi geprägten und später von der CDU aufgegriffenen Begriff der „Leitkultur“ muss man nicht mögen; die Realität, die dahintersteht, zu verleugnen und stattdessen eine illusorische, weder logisch schlüssig denkbare noch empirisch vorfindbare „multikulturelle Gesellschaft“ zu propagieren, ist dagegen ein unsinniges Unterfangen.

(Eine grundlegendere Analyse von Kultur im Allgemeinen und multikultureller Gesellschaft im Besonderen mit Zitaten und Nachweisen findet sich in Kapitel IV.4 in der Abhandlung „Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung“ (<http://kassandra2030.files.wordpress.com/2009/04/deutschland-in-seiner-tiefsten-erniedrigung1.pdf>).

Märchen 9: „Die Deutschen sterben noch lange nicht aus und die Einwanderung ändert daran auch nichts.“

Schon seit den 1970er Jahren werden immer wieder Schreckensbilder vom Aussterben der Deutschen an die Wand gemalt, ganz besonders aber in den letzten Jahren, als Demographen wie Herwig Birg oder Gunnar Heinsohn in großen Tages- und Wochenzeitungen einem breiten Publikum die Eckdaten der deutschen Bevölkerungsentwicklung aufbereiteten.

Von verschiedener Seite wird die Thematik vom „Aussterben“ der Deutschen als lachhaft abgetan. Argumente: Erstens könne man schließlich gar nicht wissen, wie sich die Geburtenzahlen und andere Faktoren in der Zukunft entwickeln. Zweitens würden selbst bei gleichbleibend niedrigen Geburtenzahlen in 100 oder 200 Jahren hochgerechnet vom heutigen Stand aus noch genügend Deutsche vorhanden sein, um den „Bestand“ nicht aussterben zu lassen. Und drittens sei es Definitionssache, wer oder was überhaupt „deutsch“ ist, und Migranten könnten ja auch „Deutsche“ werden und so das „Aussterben“ verhindern. Diese Argumente sind nicht ganz falsch. Aber mit allen drei macht man es sich zu einfach, wie im Folgenden gezeigt wird.

Dass die Deutschen „aussterben“, glauben die meisten Deutschen schon allein deshalb nicht, da sie ja selbst deutsch sind und auch Unmengen anderer Deutscher kennen.⁶ Hinzu kommt, dass insbesondere die Jüngeren innerhalb ihres eigenen Lebenshorizontes, der die Erfahrungswelt eines relativ kurzen Zeitabschnitts widerspiegelt, keine grundlegenden Veränderungen zu erkennen vermögen. Ihre erfahrene soziale Realität ist aber sowohl in räumlicher wie auch zeitlicher Hinsicht höchst selektiv.

Das ihnen bekannte Umfeld sagt nichts über die Gesamtgesellschaft aus, genauso wenig ist aus einer zeitlich begrenzten Lebenserfahrung heraus, die sich zudem schnell auf veränderte Realitäten einstellt, ein Blick fürs Ganze eines in die auch nur nahe Vergangenheit reichenden Prozesses möglich, ganz zu schweigen von einer sinnvollen Zukunftsprognose.

Weil die Lebenswelt des Einzelnen nicht ausreicht, bestimmte Dynamiken zu überblicken, ist die Überraschung umso größer, wenn wissenschaftliche Prognosen Dinge ankündigen, die außerhalb jeder von aktuellen Parametern betriebenen Vorstellungskraft liegen. Demographie wird daher zuweilen als unverlässliche Kaffeesatzleserei abgetan, Horrorszenarien von den aussterbenden Deutschen demzufolge als Humbug abgelehnt. Der Historiker Thomas Etzemüller etwa behauptet, dass „uns unser Aussterben als Volk seit hundert Jahren prophezeit“ wird.⁷ Und da es bis jetzt nicht eintrat, gebe es keinen Grund zur Hysterie. Die Demographen seien unpräziser, als sie uns glauben lassen wollten.

Fakt ist aber: Die Eltern von morgen sind bereits geboren. Ihre Zahl muss nicht geschätzt werden, sie kann anhand der Geburtenzahlen der vergangenen Jahre ganz einfach abgelesen werden. Im Folgenden wird eine Modellrechnung aufgestellt, die sich auf das Wesentliche bezieht. Sie betrachtet die Entwicklung der Frauen im gebärfähigen Alter in der Bundesrepublik, was erkennbar entscheidender für die Entwicklung Deutschlands ist als absolute Zahlen, wie die momentane Einwohneranzahl. Als entsprechende Alterskohorte werden demzufolge Frauen im Alter von 15 bis 39 Jahren betrachtet. Hat eine Frau dieses Alter überschritten, scheidet sie in der Regel aus der Menge der potenziellen (Neu-)Mütter aus.⁸

Betrug 1985 die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter noch 14,24 Millionen, fielen im Jahre 2005 schon nur noch 11,18 Millionen in diese Kohorte.⁹ Im Jahre 2020 wird diese Zahl bei nur noch 9,74 Millionen liegen. Diese Frauen sind ja alle schon auf der Welt, wir kennen also ihre genaue Zahl, unberücksichtigt bleiben lediglich zukünftige Ein-, aber auch Auswanderungsbewegungen.

⁶ „Die Blindheit der Masse war im untergehenden Ägypten, im untergehenden Mesopotamien, im untergehenden Rom nicht anders. Leben wir denn nicht, fragten sie? Essen, trinken, rauchen, lachen, weinen, malen, schreiben, musizieren, singen wir nicht?“ (Joachim Fernau).

⁷ Etzemüller, Thomas in: Interview mit der Stuttgarter Zeitung vom 10. Februar 2007.

⁸ Potenzielle Mutterschaften im Alter von 40 und älter (oder unter 15) werden demnach hier nicht berücksichtigt. Dafür werden auch die Todesfälle vernachlässigt, die vor einer potenziellen Mutterschaft innerhalb der betrachteten Kohorte geschehen. Die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit, das Lebensalter der Kohortengrenzen nicht zu erreichen, liegt in Deutschland laut aktueller Sterbetafeln bei 1,463% (gemittelter Wert aus den Angaben bis zum 15. bzw. bis zum 39. Lebensjahr).

⁹ Alle im Folgenden verwendeten Angaben beruhen, soweit nicht anders ausgewiesen, auf Quellen des Statistischen Bundesamts, insbesondere der zusammenfassenden Übersichten „Eheschließungen, Geborene und Gestorbene“ (Statistisches Bundesamt 2007, Wiesbaden).

In gerade einmal etwas mehr als einer menschlichen Generation ist die reproduktive Basis in Deutschland also in Friedens- und Wohlstandszeiten auf 68,4% ihres vormaligen Wertes gefallen. Dieser Prozess ist historisch einmalig, und in seinen Auswirkungen beispiellos. Keinen Wert haben also Analysen, die auf ähnliche Prognosen vom Aussterben der Deutschen von vor 100 Jahren verweisen, weil die Deutschen zu dieser Zeit nie über längere Zeit hinweg weniger Kinder bekamen, als für ihre Bestandserhaltung notwendig wäre.

Dieser Prozess hat darüber hinaus eine eingebaute Zeitverzögerung, sodass die Folgen eines Ausbleibens des Nachwuchses erst 20-30 Jahre später spürbar werden, wenn aus keinen Kindern nun keine Eltern geworden sind. Die steigende Lebenserwartung und Einwanderung taten ihr übriges dazu, dass die absolute Einwohnerzahl in der Bundesrepublik noch nicht sank. Prognosen dieser Art werden daher von manchen als Horrorszenario empfunden, das doch wohl bestimmt nicht eintreten wird, schließlich ist man an die (kurzweilige) Realität gewöhnt, und in der gab es seit dem Krieg nie mehr schrumpfende Einwohnerzahlen. Tatsache ist aber, dass dieser schleichende Prozess, der historisch betrachtet überhaupt nicht schleichend, sondern überaus rasant stattfindet, längst begonnen und die Weichen für die nahe Zukunft gestellt hat. Die Zahl der möglichen Eltern wird bis 2020 im Vergleich zu 1985 um fast ein Drittel zurückgehen, selbst wenn ab heute jede Frau hierzulande zehn Kinder bekäme.

Diese reproduktive Basis, deren Zahl 1985 noch über 14 Millionen betrug, kann bis 2044 auf 6,33 Millionen, bis 2070 auf rund 4 Millionen, und bis Ende des Jahrhunderts auf gerade noch 2,5 Millionen absinken, und wäre damit innerhalb eines einzigen Jahrhunderts um 80% zurückgegangen. Dieses Szenario tritt ein, wenn die Kinderzahl pro Frau bei den heutigen 1,3 Kindern bleibt, die Außenwanderung ausgeglichen ist, und alle anderen Faktoren konstant bleiben. Dieses Szenario muss nicht eintreten, aber wenn die heutigen Lebensweisen und Umstände so bleiben wie sie sind, gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass es nicht eintritt. Soll heißen: Wer davon nicht überzeugt ist, ist Gegenbeweise schuldig. Bis jetzt deutet alles darauf hin, dass es so ablaufen wird, und da wir die Zukunft nicht kennen, und mögliche Einflussfaktoren in beide Richtungen nicht miteinbeziehen können, ist es vernünftig, von dieser auf heutigen Tatsachen basierenden Analyse auszugehen. Dieser Logik folgen auch etwa die Berechnungen zur Lebenserwartung. Sie ist vernünftig, andere Rechnungen müssen auf den Faktoren Vermutung, Hoffnung, oder eben Kaffeesatzleserei beruhen.

Nichtsdestotrotz würde aber nun hier immer noch das Argument gelten, dass ein Rückgang um 80% zwar beachtlich, aber trotzdem kein „Aussterben“ im Sinne einer technisch nunmehr unmöglichen Bestandserhaltung darstelle. Dies ist auf dem Papier richtig. In der Realität schrumpft die Gesellschaft allerdings nicht in einem Vakuum. Seit Beginn der 1970er Jahre sterben mehr Deutsche, als geboren werden, weshalb die Bevölkerung längst hätte massiv abnehmen müssen, aber seitdem ist gleichzeitig

die Zahl der Migranten in Deutschland um 13 Millionen angestiegen. Zwar standen eigene Geburtenziffer und Zuwanderung bis vor kurzem nie in einem kausalen Zusammenhang, d.h. diese Menschen wären auch dann gekommen, wenn Deutschlands Geburtenziffer auf bestandserhaltendem Niveau gewesen wäre, aber dadurch, dass gleichzeitig mit dem massiven Anwachsen der zugewanderten Bevölkerung die einheimische wegbricht, fällt erstere im Verhältnis noch mehr ins Gewicht, weshalb der Anteil der Migranten an den Kindern (35%) 2005 fast doppelt so hoch ist wie ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung (19%).

Es sind also bei dem Argument, selbst unsere exponentiell schrumpfende Bevölkerung habe immer noch eine ausreichend große Reproduktionsbasis, die bereits Zugewanderten und zukünftig noch Zuwandernden und deren Nachkommen mit einzuberechnen:

Die Kohorte der gebärfähigen Frauen 2020 lässt sich auf Basis des Migrantenanteils an den Geburten 1981 bis 2005 (gemittelt wohl um die 30%) ungefähr in einen Teil ohne (6,82 Millionen) und einen Teil mit Migrationshintergrund (2,92 Millionen) aufteilen. Nicht berücksichtigt sind hier Ein- und Auswanderung. 2005 emigrierten etwa 145.000 Deutsche, während das Saldo der Migranten bei 224.000 Zuzügen lag. Nimmt man vereinfachend an, dass der Anteil der Frauen im betrachteten Alter an diesen Bewegungen jeweils bei etwa 20% liegt, und zusätzlich 10% davon jeweils weibliche Kinder sind, die im betrachteten Zeitraum in die gebärfähige Kohorte wachsen würden, kann man mit einem jährlichen Schrumpfungsprozess der deutschen Frauen (ohne Migrationshintergrund) von 43.500, sowie einer jährlichen Zuwachsrate der Migrantinnen um etwa 67.000 rechnen. Dazu kommen unterschiedliche Geburtenraten, realistische Werte sind 1,7 Kinder bei den Frauen mit, sowie 1,1 bei den Frauen ohne Migrationshintergrund. Berücksichtigt man diese Annahmen, so korrigieren sich die Zahlen für 2020 auf 3,93 Millionen Frauen mit und 6,17 Millionen ohne Migrationshintergrund. Schon eine Generation später, um 2044 also, haben sich die Verhältnisse umgedreht, behält man oben angenommene Parameter konstant. Zu diesem Zeitpunkt ist die Kohorte der einheimischen Frauen durch Auswanderung und geringere Geburtenrate dann auf etwa 2,82 Millionen gefallen, während die der zugewanderten nun bei 4,02 Millionen liegt (nicht berücksichtigt wurden dabei interkulturelle Ehen, welchen den Anteil der Menschen „mit Migrationshintergrund“ gegenüber den übrigen weiter erhöhen). Irgendwann um 2030 wird die reproduktive Basis der Zugewanderten, die gegebenen Annahmen vorausgesetzt, also die der Einheimischen überholen. In den meisten westdeutschen Großstädten ist dies schon geschehen.

Die Deutschen werden also nicht im leeren Raum einfach weniger, sondern ihr Anteil verschiebt sich zugunsten anderer Ethnien und wird in absehbarer Zeit marginal. Die nach dem Abstammungsprinzip als „deutsch“ deklarierten Menschen werden, wenn die heutigen Parameter konstant bleiben, auf lange Sicht möglicherweise verschwinden. Lässt man das Abstammungsprinzip beiseite, so sehen die

Verhältnisse freilich anders aus. Betrachtet man beispielsweise nicht Menschen mit und ohne Migrationshintergrund getrennt, sondern gliedert formal nach Staatsbürgerschaften auf, so deutet in der Tat nichts darauf hin, dass die so definierten Deutschen in mittlerer Zukunft „aussterben“. Hier ließe sich argumentieren, die Eigenschaft „deutsch“ sei nicht an Abstammung gebunden. Ein „Migrationshintergrund“ an sich sagt sicherlich auch nichts über Identität sowie Art und Umfang der Anpassung dieser Menschen an die deutsche Gesellschaft aus. Allerdings sollten die empirischen Trends diesbezüglich beachtet werden. Während beispielsweise 85% der deutschen Staatsbürger (!) mit türkischem Hintergrund wollen, dass „Türken in Deutschland ihre eigene Kultur bewahren“¹⁰, halten sich Umfragen zufolge gerade einmal 3,5% der Berliner Jugendlichen mit türkischen Wurzeln „der deutschen Kultur zugehörig“¹¹. Dass die Kinder und Jugendlichen aus zugewanderten Familien 2005 schon eine Zwei-Drittel-Mehrheit in manchen Großstädten stellten¹², legt nahe, dass die in der Regel eine ausländische Identität aufrechterhaltenden ethnischen Gruppen nicht wie etwa eingewanderte Hugenotten im 18. und 19. Jahrhundert mit der Zeit in einer deutschen „Mehrheitsgesellschaft“ aufgehen werden. Diese Zahlen lassen es stattdessen wahrscheinlicher erscheinen, dass die Deutschen in der Zukunft eine schrumpfende Minderheit innerhalb einer Multiminoritätengesellschaft stellen, welche auf dem Papier weiterhin mehrheitlich „deutsch“ sein wird, aber deren Menschen objektiv wie auch in der Selbsteinschätzung in der Mehrheit nichts mehr mit „Deutschland“ gemein haben werden.

Was man daraus für Konsequenzen zieht, ist also wie gesehen jedermanns persönliche Sache. Die Realität impliziert für gewöhnlich weder eine Wertung noch eine Handlungsempfehlung. Man sollte sich jedoch keinen Illusionen hingeben. Nur weil man bestimmte Umstände gar nicht anders gewohnt ist, heißt das nicht, dass sie für immer so bleiben. Es hilft einem dabei auch kein aus der Vergangenheit herangezogener Vergleich, um sich einzureden, dass diese historisch nie dagewesene Dynamik schon auch wieder in geordnete Bahnen verlaufen wird.

¹⁰ vgl. DIE ZEIT, 13.3.2008, www.zeit.de/2008/12/tuerken-Umfrage

¹¹ vgl. Tagesspiegel, 24.8.1999, www.tagesspiegel.de/berlin/art270,2199606

¹² z.B.: Nürnberg: 67%, Frankfurt: 65%, Stuttgart: 64%, Düsseldorf: 64%, vgl. Statistisches Bundesamt 2006, vgl.: Tagesschau 2006: www.tagesschau.de/inland/meldung34348.html

Märchen 10: „Das dreigliedrige Bildungssystem benachteiligt Migranten und sollte daher abgeschafft werden.“

Migranten schneiden in Punkto Bildung deutlich schlechter ab als Nicht-Migranten.¹³ Das ist höchstwahrscheinlich ein komplexes Problem, in das verschiedene Ursachen hineinspielen. Manche aber möchten daraus einen ganz einfachen Zusammenhang machen: Migranten schnitten schlechter ab, da sie im Schulsystem benachteiligt würden und damit schlechtere Bildungschancen hätten. Die schlechteren Ergebnisse *bewiesen* also die schlechtere Chancen.

Vom Ergebnis eines Prozesses auf dessen Startbedingungen zu schließen, ist zunächst eine recht armselige Logik. Gleichmaßen könnte man bei der Niederlage einer Fußballmannschaft vom Ergebnis ablesen wollen, dass sie vom Schiedsrichter benachteiligt worden sei – die Möglichkeit, dass sie schlechter gespielt haben könnte, schon mal prinzipiell ausschließend. Wer also von einer niedrigen Abiturientenquote unter Migranten ohne weitere Nachforschungen auf die Unfähigkeit des Schulsystems zur Gleichbehandlung schließt, disqualifiziert sich schon im Vorfeld.

Nun gibt es jedoch Argumentationen, Migrantenkinder würden oft bei gleicher Leistung in der Grundschule schlechtere Empfehlungen für die weiterführenden Schulen erhalten als ihre deutschen Mitschüler, weil die Lehrer aufgrund von Vorurteilen ihnen weniger zutrauten. Derartige Missstände müssten natürlich angegangen werden; festzuhalten ist aber schon an dieser Stelle, dass damit nicht das Schulsystem (oder dessen Dreigliedrigkeit) an sich fehlerhaft wären, sondern – sollte sich der Vorwurf bewahrheiten – einzelne Protagonisten innerhalb des Systems, welche mit einer Systemreform nicht aus dem Raum geschafft werden würden. Die Forderung etwa, die Hauptschulen abzuschaffen, weil überproportional viele Migranten dorthin geschickt werden würden, wäre also selbst dann Unsinn, wenn die Migranten zu Unrecht dort landen würden, denn eine mangelhafte Leistungsselektion wird nicht durch eine Abschaffung der Selektion an sich verbessert. Dies würde nämlich bedeuten, dass alle schwächeren Schüler, die nur Hauptschulniveau besäßen, und nicht nur die (vermeintlich) benachteiligten, leistungsstärkeren Migranten, zusammen mit den besseren Schülern auf der Realschule das Niveau letzterer herunterziehen würden. Der Realschulabschluss würde entweder aufgrund der höheren Zahl an Absolventen an Wert verlieren, weil damit die Anforderungen gesenkt werden müssten (denn die Schüler werden nicht klüger, indem man ihnen formell einen besseren Status verleiht), oder aber man behielt die Anforderungen gleich, die Zahl der Realschulabgänger würde nicht steigen, was aber eine explodierende Zahl Schulabgänger ohne Schulabschluss zur Folge hätte, was wohl keiner will.

¹³ (vgl. Zahlen und Nachweise oben unter Märchen 7 oder in diesem Bericht:
<http://kassandra2030.wordpress.com/2010/03/02/benachteiligt-deutschland-migranten-und-arbeiterkinder-im-bildungssystem-eine-empirische-analyse/>)

Leider wird der folgende, grundlegende Mechanismus meist übersehen: Je mehr Schüler von Rechts wegen (d.h. ohne, dass ihre kognitiven Fähigkeiten gestiegen wären) auf eine bessere Schulform geschickt werden, desto wertloser werden *sowohl der höhere als auch der niedrigere Schulabschluss*. Dieser Zusammenhang ist recht einfach nachzuvollziehen: Wenn beispielsweise der Anteil der Abiturienten eines Jahrgangs von 6% (1960 in Westdeutschland) auf 30% und höher angehoben wird, ohne dass die allgemeine Intelligenz in dieser Zeit in die Höhe geschossen und die Zahl der Hochbegabten sich vervielfacht hätte (in der Tat nimmt der IQ der Deutschen seit den 1990er Jahren nachweislich ab), dann kann das nur zur Folge haben, dass das Abitur als Institution aufgrund seiner inflationären Vergabe gemäß den Gesetzen des Marktes an Wert verliert, aber gleichzeitig die Hauptschulabschlüsse ebenfalls entwertet werden, da es – anders als beim Abitur – keine Auszeichnung ist, zu den weniger gewordenen Hauptschulabsolventen zu gehören, mit anderen Worten also Knappheit hier nicht nachfragesteigernd wirkt. Dies hat seine Ursachen darin, dass Hauptschulabsolventen nun etwa bei Ausbildungsberufen verstärkt mit Schulabgängern höherer Schulformen konkurrieren müssen. Das Abitur bzw. mindestens der Realschulabschluss werden gesellschaftlich zur Norm, und die Hauptschule bekommt das Image des Hortes bildungsferner Schläger und Schulschwänzer, da die Mehrheit der anderen es nun auf höhere Schulen schafft. Als der Hauptschulabschluss gesellschaftliche Normalität war, konnte man damit in sozial geschätzten Berufen Karriere machen, heute aber ist sowohl der Hauptschulabschluss entwertet als auch das Abitur, über welches so viele, und auch so viele gering Begabte, verfügen, dass viele Universitäten und Arbeitgeber schon eigene Tests veranstalten, um die Fähigen aus der Masse der Abiturienten herauszufiltern. In der freien Wirtschaft genügt es eben nicht, einen unzureichend begabten Mitarbeiter einfach per Wisch als „fähig“ zu deklarieren, um Kunden und Partnern so einen Schein vorgaukeln zu wollen.

Indem Parteien, Verbände oder Soziologen wie Ralf Dahrendorf „Migrantenquoten“ an höheren Schulen und Universitäten fordern, fordern sie aber genau das: Menschen mit unveränderten Fähigkeiten per Dekret bessere Fähigkeiten zuzuschreiben und zu meinen, diese könnten nun die Volkswirtschaft durch höhere Leistungen ankurbeln als zuvor. Denn wie man empirisch nachweisen kann, werden Migranten im deutschen Bildungssystem bei gleicher Leistung nicht signifikant benachteiligt¹⁴, was bedeutet, dass es im Einzelfalle selten am Migrationsstatus liegt, dass es ein Schüler nicht bis zum Hochschulabschluss schafft.

Stattdessen sollte man die Ursachen in den Blick fassen, die viel wahrscheinlicher zu den erheblich schlechteren Leistungen von Kindern mit Migrationshintergrund führen. Diese könnten etwa im

¹⁴ Die empirischen Nachweise inklusive multivariater statistischer Analyse können hier nachvollzogen werden: <http://kassandra2030.wordpress.com/2010/03/02/benachteiligt-deutschland-migranten-und-arbeiterkinder-im-bildungssystem-eine-empirische-analyse/>

Schnitt (!) schlechtere natürliche und soziokulturelle Anlagen haben, da sie – anders als etwa die Einwanderer in Kanada oder Australien – meist aus Familien mit bildungsfernem Hintergrund stammen. Dafür können die Kinder weder etwas, noch lässt sich das einfach beheben. Aber man muss sich dessen bewusst sein, dass bestimmte demographische und andere die Immigration betreffende Faktoren die Bildung des Nachwuchses in Deutschland erschweren, bevor diese ein bestimmtes Schulsystem überhaupt erst besuchen.¹⁵ Aber es gibt auch Bereiche, in denen die Politik wirkungsvoll ansetzen kann: Beispielsweise werden für Grundschüler mit Migrationshintergrund Sprachförderungen angeboten, weil diese unzureichend deutsch sprechen. Es ist aber irrsinnig, den eigenen Staatsbürgern – denn die deutsche Staatsbürgerschaft haben nach dem geänderten Staatsbürgerschaftsgesetz durch Rot/Grün im Jahre 2000 die meisten Migrantenkinder automatisch – vom Staat die Landessprache beibringen zu wollen, und das in einer Institution und in einer Altersstufe, in der eigentlich schon weitergehendes Wissen vermittelt werden sollte. Problemlose Kommunikationsfähigkeit müsste stattdessen zu einem Vorschultest gehören, wie es schon der Test auf physische Reife etc. tut. Notfalls müssen die Eltern durch Anreize und Sanktionsandrohungen dazu gebracht werden, ihr ursprüngliches Recht und ihre ursprüngliche Pflicht wahrzunehmen und den Kindern sprechen beibringen – in der Sprache des Landes, dessen Staatsbürgerschaft sie besitzen. Ansonsten brauchen sie letztere offensichtlich auch nicht.

(Eine weitere Zusammenschau der Ursachen und Folgen des Intelligenz- und Bildungsverfalls mit Zitaten und Nachweisen findet sich in Kapitel IV.2 in der Abhandlung „Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung“ (<http://kassandra2030.files.wordpress.com/2009/04/deutschland-in-seiner-tiefsten-erniedrigung1.pdf>), sowie in der (auf die schon im Text verwiesene) empirischen Studie zur Benachteiligung von Migranten auf deutschen Schulen:

<http://kassandra2030.wordpress.com/2010/03/02/benachteiligt-deutschland-migranten-und-arbeiterkinder-im-bildungssystem-eine-empirische-analyse/> .)

¹⁵ Siehe wiederum den folgenden Bericht für alle Nachweise für die Hypothesen in den vorangegangenen Sätzen: <http://kassandra2030.wordpress.com/2010/03/02/benachteiligt-deutschland-migranten-und-arbeiterkinder-im-bildungssystem-eine-empirische-analyse/>